

**DER HAUPTFEIND EINES JEDEN VOLKES STEHT IM EIGENEN LANDE!**  
(Karl Liebknecht)

# APARTAVIST



ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS  
(Sektion der Vierten Internationale)

Jänner 1948

Nr. 28

Preis S 2.-

## DIE FASCHISTEN SAMMELN SICH!

"Was wollen diese illegalen Nazis? Sie rechnen doch nicht damit, dass es nochmals zu einer Nazi-herrschaft kommen könnte? Sie wissen doch ganz genau, dass der Faschismus in Österreich nur mit Hilfe Deutschlands gross werden konnte..."

(Die "AZ" vom 6.1.48)

Dass die österreichischen Faschisten sich bereits seit langem wieder sammeln, dass sie schon längst wieder illegale Organisationen haben, um das zu erkennen, dazu bedurfte es nicht erst des handgreiflichen Beweises, der mit dem Aufdecken der illegalen Grazer Naziorganisation geliefert wurde. Noch nicht einmal drei Jahre sind es her, seit der Faschismus zusammengebrochen ist. Niemals haben sich die

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX  
X INHALT DIESER NUMMER: X  
X Die Faschisten sammeln X  
X sich X  
X Nach den Betriebsrats- X  
X wahlen X  
X Der Jännerstreik 1918 X  
X und die Rolle der SP X  
X Stroifflichter X  
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Nazi in den letzten Wochen des faschistischen Regimes, als sie angutschlotternd dessen Ende herannahen sahen, träumen lassen, dass sie nach dieser verhältnismässig kurzen Zeit bereits wieder ohne besondere Gefahr illegal und halblegal, wie unter Dollfuß und Schuschnigg, arbeiten könnten. Die Nazi wittern wieder Morgenwind, sie werden wieder froh. Und das ist auch erklärlich. Was ist den braunen Faschisten in Österreich und ihren grünen Vorreitern und Wegbereitern geschehen? Der braunen "Führern" nicht viel; sie sagen vielleicht

ein paar Monate in Untersuchungshaft oder in irgend einem Nazilager und sind zum Grossteil längst wieder frei. Ein paar der kleinsten Nazibestien wurden gehenkt, einige hundert Mitläufer kamen zu Schaden, verloren eventuell die Wohnung, aber das war auch schon alles. Den grünen Heimwehrrfaschisten aber ist überhaupt nichts geschehen, sie sitzen teilweise an führenden Posten innerhalb der OeVP, wie z.B. die Raab und Konsorten, oder sie erholen sich wie der Herr Guido Schmidt in St. Anton am Arlberg. Da ist es denn kein Wunder, dass die Faschisten, nachdem sie gesehen, dass sie für ihre Verbrechen nicht bestraft werden, nun wieder neuen Mut gefasst haben und wieder von vorne beginnen.

Für die Arbeiterklasse muss die Aufdeckung der illegalen Naziorganisation der Anlass sein, sich noch einmal intensiv mit der Frage des Faschismus zu beschäftigen. Sind die Versuche der Faschisten, sich wieder zu sammeln, für die österreichische Arbeiterklasse wirklich keine reale Gefahr?

Genau so, wie jetzt die Faschisten wieder beginnen, sich in kleinen Gruppen und Grüppchen zu organisieren, genau so haben sie bereits einmal begonnen. Die SP hat in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg versucht, die faschistischen Gruppen, die "Frontkämpfer" und die Hakenkreuzler als bedeutungslos hinzustellen. Sie hat damals der Arbeiterklasse - und leider mit Erfolg - eingeredet, dass diese "lächerlichen" Gruppen niemals zu einer ernststen Gefahr für das Proletariat werden könnten. Und dennoch haben diese "lächerlichen Gruppen" die Arbeiterklasse und zusammen mit ihr die "grosse, mächtige" SP niedergeworfen.

### Hinter den Faschisten steht die Bourgeoisie!

Wenn wir aus der Geschichte lernen wollen, dass es ein verhängnisvoller Fehler ist, den Faschismus zu unterschätzen, dann müssen wir uns vor allem die Frage vorlegen: Wer steht hinter den Faschisten? Hinter den Faschisten steht die OeVP. Diese ist heute die Einheitspartei der österreichischen Kapitalisten. Sie gibt sich als "demokratische" Partei aus, sie hat sich in den ersten Wochen und Monaten nach dem April 1945 auch als "neue Partei" ausgegeben. Indes ist die OeVP nichts anderes als die Fortsetzung der alten christlich-sozialen Partei, die im Februar 1934 das österreichische Proletariat blutig niedergeworfen hat und die nun wieder ihre Reihen immer mehr mit faschistischen Elementen auffüllt. Die OeVP ist die Partei der Banken und Grossindustrie, ist die Partei der österreichischen Bourgeoisie; sie ist darum gerade so lange eine "demokratische" Partei, als die Bourgeoisie in Oesterreich einen demokratischen Kurs segelt. Denn hinter den illegalen Nazis steht heute bereits wieder die Bourgeoisie. Die Bourgeoisie hat sich zum Ziel gesetzt, die Kosten ihres verlorenen Krieges und des kapitalistischen Wiederaufbaus auf die Massen abzuwalzen. Sie führt eine ungehauerliche Verelendungsoffensive gegen die Massen. Der "Lohn-Preis-Pakt" und die sogenannte "Währungsreform" waren nur die ersten Schritte bei diesem Raubzug; die Kapitalisten haben noch ganz andere Forderungen an die Arbeiter in der Tasche. Solange die SP den Arbeitern einreden kann, dass diese Forderungen ja eigentlich im Arbeiterinteresse liegen, solange die SP also die Massen bei der Stange halten kann, solange werden die Kapitalisten den demokratischen Kurs zusammen mit der SP weiter verfolgen. Aber die Kapitalisten wissen ganz genau, dass ein Punkt kommen wird, von dem an die Arbeiter der SP die Gefolgschaft verweigern werden. Für diesen Zeitpunkt bereitet sich die österreichische Kapitalistenklasse heute bereits vor. Zu diesem Zeitpunkt ist sie entschlossen, die demokratische Maske fallen zu lassen, ihrem SP-Lakaien den Fusstritt zu geben und ihre offene Diktatur aufzurichten. Und zu diesem

Zeitpunkt will die österreichische Bourgeoisie neben einem starken, stabilen Staatsapparat auch wieder über faschistische Verbände verfügen, um mit deren Hilfe die Arbeiterklasse niederzuwerfen und niederzuhalten. Die illegalen Nazizellen, die heute bereits wieder existieren, sind wichtige organisatorische Ansatzpunkte für die Aufstellung dieser Verbände.

Die SP und unter ihrem Einfluss ein bedeutender Teil der Arbeiterschaft haben die Illusion, dass nach der endgültigen "Befreiung" Oesterreichs, nach dem Abschluss des Staatsvertrages und dem Abzug der Besatzungstruppen die österreichische "Demokratie" sich entfalten, dass für Oesterreich eine längere Periode friedlicher demokratischer Entwicklung anheben wird. Doch gerade die Aufhebung des Besatzungsregimes wird nur zeigen, dass dieses die Aufgabe der im April 1945 zusammengebrochenen Nazidiktatur übernommen gehabt hat, den Klassenkampf zu dämpfen, den offenen Zusammenprall zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu verhindern und die Herrschaft der Bourgeoisie zu stabilisieren. Deshalb wird die Aufhebung des Besatzungsregimes in Oesterreich jenen Zeitpunkt bezeichnen, von dem an die Bourgeoisie offen auf die Aufrichtung der unverhüllten kapitalistischen Diktatur lossteuern wird.

### Macht die SP wirklich Schluss?

Welche Politik betreibt die SP angesichts der sich wieder zeigenden faschistischen Gefahr? Sie macht genau dieselbe Politik, die bereits einmal die Arbeiterklasse in die Niederlage geführt hat. Diese Politik besteht darin, einerseits die faschistische Gefahr zu verkleinern, dort aber, wo sie nicht mehr gelehnet werden kann, den "Staat" aufzufordern, "schonungslos zuzugreifen". "Wir werden mit den illegalen Nazis in Oesterreich Schluss machen! Im § 3 des Artikel I des Verbotsgesetzes 1947 heisst es: 'Eines Verbrechens macht sich schuldig und wird mit dem Tode bestraft, wer versucht, eine gesetzlich aufgelöste nationalsozialistische Organisation aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen, oder mit einer solchen Organisation oder einer in ihrem Namen handelnden Person in Verbindung zu treten....' Dieses Verbrechens haben sich die steirischen Nazi schuldig gemacht! Wir verlangen, dass das Gesetz an ihnen vollstreckt wird", fordert die "AZ" vom 6.1.48.

Die SP überlässt es also dem "Staat", d.h. dem kapitalistischen Staatsapparat, das "Gesetz" gegen die Nazi zu vollstrecken, d.h. die Arbeiterklasse davor zu bewahren, nochmals zum Opfer des Faschismus zu werden. Doch der kapitalistische Staatsapparat ist kein geeignetes Instrument des antifaschistischen Kampfes! Er ist selbst mit Faschisten durchsetzt; alle entscheidenden Knotenpunkte in diesem Apparat sind mit Leuten besetzt, die der Bourgeoisie ergeben sind; die entscheidenden Kommandohöhen dieses Apparates, die hohe staatliche Bürokratie rekrutiert sich fast durchwegs aus Angehörigen der Bourgeoisie. Und diese Behörden, die durch und durch reaktionär, arbeitfeindlich und faschistenfreundlich sind und an deren Zusammensetzung sich auch 1945 beinahe garnichts geändert hat, diese Behörden sollen den Kampf gegen den Faschismus führen! Ihnen soll es überlassen werden, das Aufkommen eines neuen Faschismus zu verhindern? Die Erfahrungen, die wir mit dem Staatsapparat der sogenannten ersten Republik gemacht haben, zeigen uns, dass dieser Apparat ein aktiver Helfer des Faschismus gewesen ist und bei der Rekrutierung und Ausrüstung der faschistischen Verbände eine bedeutende Rolle gespielt hat. Die SP wird vielleicht darauf verweisen, dass damals an der Spitze des Innenministeriums und der Polizei eben keine "Socialisten" gestanden sind, während wir heute den Herrn Helmer und einen SP-Polizeipräsidenten von Wien haben. Die SP übersieht hier geflissentlich, dass auch die



deutsche Sozialdemokratie ihre Innenminister Severing und Grzesinski und ihren Polizeipräsidenten Zörggibel gehabt hat und dass sie trotzdem und sogar noch ein Jahr vor der österreichischen SP von Faschismus niedergeworfen wurde. Die Helmer und Wolaubek, die Severing und Grzesinski, die Blum und Ramadier ändern am Klassencharakter des kapitalistischen Staates nicht das geringste; sie sind nur die Tarnung, sie sind nur die Marionetten, hinter der der kapitalistische Staat seine konterrevolutionäre Arbeit vollzieht.

Die Arbeiterklasse darf den Kampf gegen den Faschismus nicht dem "Staat" überlassen! Nur der proletarische Massenkampf kann das Wiederaufleben des Faschismus verhindern. Warum führt die SP diesen Kampf nicht, trotzdem die Erfahrung zeigt, dass mit dem Proletariat auch sie selbst unter die Räder kommt und dass sie vom Faschismus nicht die geringste Gnade zu erwarten hat?

Die SP befindet sich in Koalition mit der Bourgeoisie; die Koalitionspolitik ist ihre Grundlinie. Sie kann nicht die Massen mobilisieren, ohne die Koalition mit der Bourgeoisie zu sprengen. Die Bourgeoisie ist ja nur solange für die Zusammenarbeit mit der SP, solange diese ein taugliches Instrument bei der Abwürgung des Massenkampfes ist. Die "Bravheit" der SP, ihre Bremserpolitik, ihr fortgesetztes Preisgeben der proletarischen Klasseninteressen ist die Vorbedingung, dass die Bourgeoisie überhaupt zur Zusammenarbeit mit der SP bereit ist, zu einer Zusammenarbeit, deren Früchte für die SP-Bürokratie eine Reihe gut bezahlter Posten und Pöstchen im Staat, Gemeinde usw., für die Massen aber das langsame Versinken in ein namenloses Elend sind. Die Koalitionspolitik schliesst jede ernsthafte Mobilisierung der Massen gegen den Faschismus aus. Die Koalitionspolitik erlaubt der SP gerade noch, in Leitartikeln pathetisch den Staatsapparat zu beschwören, er möge "seine Pflicht tun", sie erlaubt ihr gerade noch, hier und da und vielleicht sogar im Parlament etwas Radikales zu machen, d.h. den Massen ein Theater vorzuspielen. Die Koalitionspolitik macht jedoch die Massenmobilisierung unmöglich und muss darum zwangsläufig die Stärkung des Faschismus zum Ergebnis haben.

Die SP verlangt, "mit dem Faschismus Schluss zu machen". Sie soll mit der Koalition Schluss machen! Das ist die wichtigste Vorbedingung, um mit dem Faschismus wirklich aufräumen zu können.

### Der Stalinismus ist mitschuldig!

Die Stalinpartei überbietet sich in hysterischem Geschrei; sie versucht, den Arbeitern einzureden, dass ihre Politik grundsätzlich anders als die der SP sei und dass nur sie den Faschismus wirklich verhindern könne. Solange die Stalinpartei in Koalition mit der österreichischen Bourgeoisie war, d.h. solange die Aussicht bestanden hat, diese vielleicht doch noch in das strategische Bündnisystem der SU hinüberzuziehen, solange hat die Stalinpartei genau so wie die SP jede ernsthafte Mobilisierung der Massen, jede ausserparlamentarische Massenaktion verhindert. Die Stalinpartei hat bis zum Zeitpunkt des Scheiterns der Moskauer Verhandlungen im März des vorigen Jahres den Arbeitern eingeredet, dass Streik und Strassendemonstrationen den "Wiederaufbau" stören. Sie hat bis damals praktisch dieselbe Politik wie die SP betrieben. Der stalinistische Innenminister Honner hat im Juni 1945 überall anschlagen lassen, dass nur die Polizei und sonst niemand zur Aktion gegen die Nazi berechtigt sei. Am Staatsapparat änderte Honner genau so wenig wie Helmer. Erst jetzt hat die Stalinpartei "entdeckt", dass dieser Apparat reaktionär sei. Aber praktisch weiss die Stalinpartei den Arbeitern ebenfalls nichts anderes zu sagen als - den Kampf gegen den Faschismus oben diesem Apparat zu überlassen.

Die Arbeiter dürfen sich vom "Radikalismus" der Stalinpartei nicht täuschen lassen. Die Stalinpartei hilft in Wirklichkeit der SP,

\* nicht dem kapitalistischen Staatsapparat



den Massenkampf abzuwürfen. Die Stalinpartei steht grundsätzlich genau so auf dem Boden der Koalition wie die SP. Ihr geht es nur um die Aussenpolitik der österreichischen Bourgeoisie, ihr geht es nur darum, diese zu zwingen, eine Wendung zugunsten der SU durchzuführen. Auf dem Boden einer solchen Politik ist die Stalinpartei genau so wenig zur Mobilisierung der Massen zur ausserparlamentarischen Aktion imstande wie die SP. Den besten Beweis hierfür liefern die sogenannten "Volksdemokratien", in denen die Stalinpartei alle Fragen rein bürokratisch, ohne die aktive Mitwirkung der Massen, löst. Durch ihre antidemokratischen Methoden stösst sie die Massen immer mehr von sich ab, schafft sie neuerlich die Massenbasis für den in diesen Ländern entstehenden illegalen Faschismus. Auch in Oesterreich sind die antidemokratischen Methoden der Sowjetbürokratie eine der Wurzeln für die Konservierung und das Wiederaufleben des Faschismus, dessen Propaganda durch die verhängnisvolle bürokratische Politik scheinbar bestätigt wird.

Honner hat sich im Parlament darüber beklagt, dass "die Basis des antifaschistischen Kampfes der heutigen Regierung der 'Antikommunismus' sei". Darin liegt ein grosses Körnchen Wahrheit. Aber hat nicht die Stalinpartei und die verbrecherische Kromblique alles getan, um es der Bourgeoisie und ihrem Anhängsel, der SP, zu erleichtern, Kommunismus und Faschismus in einen Topf zu werfen? Worin unterscheiden sich, vom Standpunkt der Massen aus gesehen, die Methoden der GPU von denen der Gestapo, das stalinistische Polizeiregime in der SU und in den Staaten der "Volksdemokratie" von den faschistischen Regimes der Hitler, Mussolini und Franco? Würde ein Revolutionär im österreichischen Parlament sitzen, so müsste er den Phrasen Honners entgegentreten und ihm sagen, dass sein Kampf's lange nicht antifaschistisch sein wird, solange er antiproletarisch, antirevolutionär ist; wer mit der Phrase gegen die Bourgeoisie, Faschismus und SP-Opportunismus "kämpft" und gleichzeitig die proletarische Demokratie mit Füssen tritt, hilft dem Faschismus und macht ihm die Mauer!

Gleichzeitig begeht die Stalinpartei das Verbrechen, die verhängnisvolle Politik des "Sozialfaschismus" zu wiederholen, indem sie die SP unterschiedslos mit der CVP in einen Topf wirft und die "Regierungsparteien" beschuldigt, "Brutstätten des Faschismus" zu sein. Sie stellt die Dinge so dar, als ob die Schärff, Helmer & Co. von dem Vorhandensein illegaler Naziorganisationen schon längst gewusst, ja diese geduldet und aktiv gefördert hätten; sie macht die SP gleichsam selbst zu einer faschistischen Partei. "Die Koalitionsparteien sind Brutstätten des Faschismus", sagt die "Volksstimme", indem sie die SP mit der CVP und dem Faschismus gleichstellt. Dadurch stösst sie die SP-Arbeiter, die mit den Schärff, Helmer & Co reichlich unzufrieden sind, gewaltsam in deren Arm zurück und ermöglicht so der SP die Fortsetzung der Koalitionspolitik.

### Einheitlicher Massenkampf gegen Bourgeoisie und Faschismus

Die Arbeiterklasse hat unter dem Faschismus fürchterlich gelitten, sie hat kein Bedürfnis nach dessen Wiederkehr. Doch durch fromme Wünsche allein kann er nicht verhindert werden!

Wir Internationalen Kommunisten müssen die Arbeiter geduldi, darüber aufklaren, dass die wahre Wurzel des Faschismus im Kapitalismus liegt und dass hinter dem Faschisten die Bourgeoisie steht, die die Arbeiterklasse über kurz oder lang neuerlich niederverwerfen will. Wir müssen den Arbeitern zeigen, dass die SP-Politik, die den Kampf gegen den Faschismus dem kapitalistischen Staatsapparat überlassen will, den Faschismus nicht verhindert und dass dieser nur durch den ausserparlamentarischen Massenkampf geschlagen werden kann. Der ausserparlamentarische Massenkampf ist ohne Bruch mit der Bourgeoisie,

ohne das Aufgeben der Koalitionspolitik unmöglich. Wir müssen den Arbeitern zeigen, dass zwischen der Koalitionspolitik der SP und dem Wiederaufleben faschistischer Gruppen ein tiefer und untrennbarer Zusammenhang besteht.

Wir müssen die Arbeiter davor warnen, sich irgendwelche Illusionen über den Charakter der stalinistischen Politik zu machen. Der Stalinismus wiederholt heute nur die verräterische Politik des "Sozialfaschismus". Die antidemokratischen Methoden der sowjetischen Besatzungsmacht sind zugleich der beste Nährboden für faschistische Stimmungen und faschistische Propaganda.

Die unumgängliche Voraussetzung für jeden wirksamen antifaschistischen Kampf ist, dass sich die Arbeiterklasse auf der Basis eines antikapitalistischen Programms zur proletarischen Kampfeinheitsfront zusammenschliesst. Kampf gegen die Verelendungsoffensive der Bourgeoisie, Kampf für die Sanierung der Massen auf Kosten der Kapitalisten, das ist die erste, wirksamste Massnahme gegen den Faschismus, denn dieser kann nur dann die Arbeiterklasse niederwerfen, wenn es ihm vorher gelungen ist, Teile der Massen in sein Lager hindüberzuziehen. Die Verelendung der Massen schafft dem Faschismus erst das Rekrutierungsfeld; der Kampf gegen Hunger und Elend entzieht ihm dieses.

SP und Stalinpartei führen einen "antifaschistischen Kampf" der Phrase. Wir müssen das Proletariat anleiten, sie beim Wort zu nehmen. Die "AZ" hat in einer schwachen Stunde die Todesstrafe für die illegalen Radelführer der Faschisten verlangt. Was wird sie machen, wenn diesen genau so wenig geschieht, wie den faschistischen "Führern" in Oesterreich bis jetzt geschehen ist? Vor allem aber: Ist die SP und die Stalinpartei bereit, die Todesstrafe für die in den Banken, den Industriekonzernen, in den Ministerien, im Parlament und in den Stäben der imperialistischen Besatzungsmächte sitzenden wirklichen Drahtzieher der Faschisten zu verlangen und diese auch vollstrecken zu lassen?

Wir müssen der Arbeiterklasse erklären, dass sie, wenn sie der faschistischen Gefahr wirksam entgegentreten will, gleichzeitig entschlossen sein muss, den antifaschistischen Kampf niemals dem bürgerlichen Parlament, der bürgerlichen Regierung, oder dem bürgerlichen Staatsapparat zu überlassen, sondern ihn ausserhalb des Parlaments auf der Arena der Klassenkampfesfront führen muss. Kein Vertrauen der bürgerlichen Justiz! Errichtung von Volkstribunalen, die sich aus KZ-Lern, Gemessregelten und bewährten antifaschistischen Kämpfern der Arbeiterklasse zusammensetzen, zur öffentlichen Aburteilung der Nazi-verbrecher!

Die Arbeiterklasse darf sich in ihrem Kampf nicht hindern lassen durch die Spaltungsmänöver von SP und Stalinpartei. Sie muss aus der blutigen deutschen Erfahrung von 1932/33 lernen, dass ein gespaltenes Proletariat unweigerlich dem Faschismus zum Opfer fällt. Wer die Bildung der proletarischen Einheitsfront verhindert, und das tun SP und Stalinpartei, hilft der Bourgeoisie und dem Faschismus.

Die vorgeschrittensten Arbeiter müssen wir darum überzeugen, dass es nicht nur gilt, die demokratischen Rechte und Freiheiten der Massen zu verteidigen, sondern dass dieser Kampf nur dann erfolgreich sein wird, wenn er gesteigert wird bis zum Sturz der Bourgeoisie. Nicht Faschismus oder Demokratie, wie es SP und Stalinpartei den Arbeitern verschwindeln, ist die Fragestellung, sondern proletarische Diktatur oder faschistische Barbarei! Kann sich die Arbeiterklasse in einem solchen Kampf von Parteien führen lassen, die bereits einmal die Niederlage verschuldet haben? Der Bruch mit der SP und Stalinpartei und die Arbeit für die Herausbildung der neuen Klassenpartei, einer Partei der IV. Internationale, das muss die Konsequenz sein, die die vorgeschrittensten Arbeiter aus den neuerlichen faschistischen Provokationen ziehen müssen!

## NACH DEN BETRIEBSRAATSWAHLEN

Die Neuwahl der Betriebsräte ist jetzt so ziemlich abgeschlossen. Ist sie schon deshalb von Bedeutung, weil mehr als eine Million Arbeiter an ihr teilgenommen haben und ihr Ausgang deshalb Rückschlüsse auf die politische Entwicklung der Arbeiterklasse, ja der Massen überhaupt gestattet, so erhöht sich ihre Bedeutung für uns noch durch den besonderen Charakter, den die Betriebsräte im Gegensatz zu den Organen der bürgerlichen Demokratie besitzen. Sie unterscheiden sich grundlegend von ihnen und ein Blick auf die Geschichte und die besondere Funktion der Betriebsräte wird uns dies sofort klar machen.

Die Betriebsräte sind in Oesterreich die direkten Nachfolger des Arbeiterrates. Dieser hatte sich während des Jännerstreiks 1918 aus den Betriebsvertrauensmännern der Arbeiterschaft als Organ zur Führung ihres Kampfes gebildet und nach dem im November erfolgten Zusammenbruch der Monarchie gewaltig an Bedeutung zugenommen: es wurde aus ihm ein Organ der auch in Oesterreich vorübergehend bestandenen Doppelherrschaft, die Keimzelle der Macht des gegen den kapitalistischen Staat kämpfenden Proletariats. In dem Masse, in dem es der SP gelang, den revolutionären Massenkampf zu bremsen, abzuwürgen, ihn in das Fahrwasser der "ruhigen demokratischen Entwicklung" abzulenken, in dem Masse verlor auch der Arbeiterrat an Bedeutung und die SP konnte schliesslich 1920 darangehen, ihn ganz abzubauen. Er sei neben dem Parlament überflüssig, behauptete sie. Der Gedanke des Arbeiterrates war aber zu tief in den Massen verwurzelt, als dass die SP es wagen konnte, sich direkt gegen ihn zu wenden. Als daher unter dem Druck der Massen neben den übrigen demokratischen Rechten auch das Koalitionsrecht und innerhalb diesem die Einrichtung der Betriebsvertrauensmänner der Arbeiterschaft gesetzlich festgelegt wurde, gab die SP diesen letzteren mit Absicht den Namen "Räte": sie wollte den Betriebsrat als Nachfolger und Fortsetzer des Arbeiterrates erscheinen lassen. Und so sehr auch die SP die Einrichtung der Betriebsräte für die Bourgeoisie ungefährlich machen wollte, so sehr sie auch bemüht war, sie in ein Werkzeug der "Betriebsdemokratie", d.h. der Fortsetzung der Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie innerhalb jedes einzelnen Betriebes zu verwandeln - so konnte ihr dies doch nie ganz gelingen: vermöge des revolutionären Ursprungs der Betriebsräte, vermöge der Struktur, die sie vom Anfang an hatten, blieben sie dennoch, solange die Bourgeoisie sie nicht endgültig liquidieren konnte, trotz aller Verwässerungen ein wichtiges Instrument des proletarischen Klassenkampfes. Dass aber in den Betriebsräten mehr steckt als ein blosses Instrument des gewerkschaftlichen Kampfes, dass in ihnen, wenn auch verborgen, die Möglichkeit steckt, sie in Organe des proletarischen Machtkampfes zu verwandeln, dass sie sogar heute potentiell Organe der Doppelherrschaft sind, dass haben die ersten Betriebsrätekonferenzen vor zwei Jahren bewiesen, die faktisch nichts anderes als ein embryonaler Arbeiterrat waren. Die SP hat die Gefahr, die in solchen regelmässigen Betriebsrätekonferenzen verborgen lag, auch gleich erkannt und - damals noch in Zusammenarbeit mit der Stalinpartei - die Rolle des Abtreibers übernommen. Dennoch sind die Betriebsräte sogar in ihrer heutigen Form potentiell Organe des proletarischen Machtkampfes, Organe der proletarischen Demokratie im Gegensatz zu allen bürgerlich-demokratischen Organen: das Proletariat wählt im Betriebsrat unter Ausschluss aller anderen Klassen in den Produktionsstätten selbst seine Vertreter!

Wir Internationalen Kommunisten müssen uns bei allen mit den Betriebsräten zusammenhängenden Fragen stets der Wichtigkeit und der Möglichkeiten der Betriebsräte bewusst sein. Von diesem Stand-



punkt aus müssen wir auch die jetzt stattgefundenen Betriebsratswahlen werten. Wie war die allgemeine politische Situation, in der sie stattgefunden haben?

Mit Hilfe von SP und Stalinpartei ist es der Bourgeoisie in Oesterreich gelungen, ihr kapitalistisches Eigentum an den Produktionsmitteln aus dem Trümmerfeld des zweiten imperialistischen Weltkrieges zu retten. Hand in Hand mit dem Wiederaufbau der kapitalistischen Profitwirtschaft seit 1945 ging die Rauboffensive gegen den Reallohn der Arbeiterklasse, deren markanteste Höhepunkte im letzten Jahr das "Lohn- und Preisabkommen" und die "Währungsreform" waren. Und dabei steigen die Preise noch immer weiter, sinkt der Reallohn noch immer weiter. Trotz der lügnersischen Voraussagen der Wirtschafts-"sachverständigen" der SP, der Waldbrunner, Migsch & Co. werden die Waren weiter gehortet oder landen nicht bei denjenigen, die sie brauchen, sondern im Schleichhandel oder werden hintenherum exportiert.

Das grösste Hindernis für das Proletariat im Kampfe gegen die Kapitalistenklasse ist die Spaltung seiner Kampfkraft. SP und Stalinpartei tragen ihre eigensüchtigen, bürokratischen, klassenfremden Interessengegensätze auf Kosten der Arbeiterklasse aus und lähmen dadurch ihre Aktionsfähigkeit. In der Praxis sieht das so aus, dass SP, Stalinpartei und Gewerkschaftsspitzen den Forderungen der Arbeiterklasse die Probleme der Aussenpolitik der österreichischen Bourgeoisie entgegenstellen. "Gäbe es kein 'Deutsches Eigentum', hätten wir 'unser Oel', " sagen die SP-Bürokraten, "dann ginge der Wiederaufbau 'unserer Wirtschaft' viel schneller von statten und der Lebensstandard der österreichischen Arbeiterklasse würde ein höherer sein." Und die SP richtete den Hauptstoss ihrer Propaganda gegen die Stalinpartei. Die Stalinbürokraten wieder sagen: "Die Westorientierung, die Abhängigkeit vom amerikanischen Dollar verhindern jede Gesundung 'unserer Wirtschaft', nur eine Aenderung des aussenpolitischen Kurses kann eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse bringen." Und die Stalinpartei macht die SP zum Hauptverantwortlichen für die Westorientierung. Unter dem Einfluss dieser Propaganda und unter den Wirkungen der kapitalistischen Rauboffensive wählten die Arbeiter ihre neuen Betriebsräte. Welches Resultat hatten die Wahlen?

Sie brachten ein Ansteigen der Stimmen und Mandate der SP auf Kosten der Stalinpartei. Die GeVP ist zur Bedeutungslosigkeit in den Betriebsräten verurteilt. Dieser Ausgang der Wahlen wird Aenderungen in der Zusammensetzung der Gewerkschaftsführung mit sich bringen, da die Delegierten für die Verbandstage der Gewerkschaften von den Betriebsräten gewählt werden. Der SP wird es gelingen, ihre Monopolstellung im Gewerkschaftsbund zu verstärken.

Der Verrat der SP-Politik im nationalen und internationalen Masstab ist kaum mehr zu überbieten und dennoch hat die überwiegende Mehrheit der Arbeiter SP gewählt! Was besagt dieses Resultat?

Wenn auch der Terror der SP-Bürokratie nicht unterschätzt werden darf, so liegt doch die Hauptursache des Rückgangs des Einflusses der Stalinpartei auf die Arbeiterklasse in der stalinschen Verratspolitik. Die Praxis der sowjetbürokratischen Aussenpolitik, die Praxis des sowjetbürokratischen Besatzungsregimes ermöglichen es der SP immer wieder, die Stalinpartei, wenn auch nur in der Phrase, von "links" anzugreifen, sich als Verteidigerin der demokratischen Rechte und Freiheiten aufzuspielen. Die Praxis der sowjetischen Betriebsleitungen in den von der SU verwalteten Betrieben, aber auch die Berichte der zurückgekehrten Kriegsgefangenen haben hierbei keine geringe Rolle gespielt. Ein grosser Teil der Arbeiter, die für die SP-Listen gestimmt haben, hat sich nur deshalb für die SP entschieden, weil sie mit der Stalinpartei die gleichen schlechten, wenn nicht noch schlechtere Erfahrungen wie mit der SP gemacht haben. Die Wahl von überwiegend SP-Betriebsräten darf also nicht als Zustimmung der Arbeiterklasse zur Politik der SP gewertet werden. Das Fehlen einer

revolutionären Partei, die offen auftreten kann, sowie die verhängnisvolle und verräterische Politik der Stalinpartei erleichterte. Es war der SP, die den ganzen bürokratischen Apparat von Partei und Gewerkschaften mobilisiert hatten, die Wahl von kritischen, von der Bürokratie unabhängigen Arbeitern in nennenswertem Ausmass zu verhindern; dennoch gehören die in die Betriebsräte gewählten Arbeiter zum grossen Teil zu den relativ besten, vorgeschrittensten Schichten der Arbeiterbasis von SP und Stalinpartei, und - es sind auch revolutionäre Elemente darunter! Die Betriebsräte stehen nicht nur unter dem Einfluss der Bürokratie, sondern auch unter dem Druck der Arbeiterschaft in den Betrieben: sie stehen den Arbeitern von Angesicht zu Angesicht gegenüber und werden dauernd von ihnen beobachtet. Es liegt nun an der Arbeiterklasse selbst, dass die neugewählten Betriebsräte nicht zu Werkzeugen der verräterischen Politik von SP, Stalinpartei und Gewerkschaftsspitzen, sondern zu Instrumenten des ausserparlamentarischen Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Rauboffensive der Bourgeoisie werden. Wir Internationalen Kommunisten sagen darum den Arbeitern:

**KONTROLLIERT DIE TÄTIGKEIT DER BETRIEBSRÄTE, VERLANGT REGELMÄSSIGE BERICHTERSTATTUNG ÜBER IHRE TÄTIGKEIT IN DEN BETRIEBSVERSAMMLUNGEN!**

**VERLANGT DIE ABSETZUNG SOLCHER BETRIEBSRÄTE, DIE SICH ALS UNFÄHIG, KORRUPT UND ALS KOLLABORATEUREN MIT DEM KLASSENFEIND ERWEISEN, UND IHRE ERSETZUNG DURCH CHARAKTERFESTE UND KLASSENBEWUSSTE ARBEITER!**

**VERLANGT DIE EINFÜHRUNG VON BETRIEBSRÄTEKONFERENZEN IM LOKALEN, REGIONALEN UND LANDESHAUSESTAB ALS OBERSTE ORGANE DER GEWERKSCHAFTEN UND DES GEWERKSCHAFTSBUNDES, DIE DEREN LINIE BESTIMMEN!**

Die Arbeiter müssen von den neugewählten Betriebsräten verlangen, dass sie der Verelendungsoffensive der Bourgeoisie den Widerstand der Arbeiterklasse entgegensetzen; dass sie einen energischen Kampf zur Verbesserung des proletarischen Lebensstandards führen; dass sie das Programm der Sanierung des Kapitalismus auf Kosten der Massen durchkreuzen und diesem kapitalistischen Raubprogramm, dessen Durchführung infolge der Zusammenarbeit der SP mit der Bourgeoisie und der ebenso verräterischen Politik der Stalinpartei ermöglicht wird, ein Programm der Sanierung der Massen auf Kosten der Kapitalisten entgegenstellen.

**KONTROLLE DER PRODUKTION UND DER VERTEILUNG DURCH DIE BETRIEBSARBEITER, DIE BETRIEBSRÄTE UND DIE GEWERKSCHAFTEN!**

**KONTROLLE DER BETRIEBSBÜCHER DURCH DIE BETRIEBSRÄTE!**

**FÜR DIE ANGENEHMUNG DER LÖHNE AN DEN PREISE, FÜR DIE GLEICHENDE LOHNSKALA!**

Die verräterischen Bürokraten der SP und Stalinpartei helfen ihren Auftraggebern, den Imperialisten und der Sowjetbürokratie, deren Gegensätze auf dem Rücken des Proletariats auszutragen. In Frankreich ist es bereits zur Spaltung der Gewerkschaften gekommen; es droht die Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes. Diesem Verrat müssen die Arbeiter und Betriebsräte entgegenzutreten:

**FÜR DIE PROLETARISCHE KAMPFEINHEITSFRONT IN DEN BETRIEBEN!**

**FÜR DIE AKTIONSEINHEIT DER ARBEITERKLASSE IM KAMPF GEGEN DIE KAPITALISTISCHE RAUBOFFENSIVE, IM KAMPF FÜR DIE DEMOKRATISCHEN RECHTE UND FREIHEITEN, IM KAMPF GEGEN FASCHISMUS UND REAKTION!**

**FÜR DIE KONSTITUIERUNG DER BETRIEBSRÄTE ALS KAMPFEINHEITSFRONT-ORGANE!**

SP, Stalinpartei und Gewerkschaftsspitzen schon in den Betriebsräten nur Organe, die ihnen zur Aufrechterhaltung ihrer bürokratischen Macht- und Privilegieninteressen dienen sollen. Es liegt an der Arbeiterklasse selbst, sie in Organe des proletarischen Klassenkampfes, in Organe der proletarischen Demokratie zu verwandeln. Wir Internationalen Kommunisten müssen hierbei eine führende Rolle spielen. Dies wird uns nur dann gelingen, wenn wir es verstehen, das Kampfvertrauen der vorgeschrittensten Arbeiter zu gewinnen und über diese unseren Einfluss in der Arbeiterklasse zu verstärken. Dann werden die Betriebsräte in ihre historische Aufgabe hineinwachsen, d.h. zu Keimzellen der proletarischen Macht werden.

-----

### Geschichtsfälscher an der Arbeit

#### DER JÄNNERSTREIK 1918 UND DIE ROLLE DER SP

Um die Geschäfte ihrer imperialistischen Auftraggeber zu besorgen und um der Stalinpartei eines auszuweichen bringt es die SP fertig, sich nun sogar als Kronzeugen für ihre Politik auf Lenin und Trotzki zu berufen. Der unmittelbare Anlass hierzu war die dreissigste Wiederkehr der Tage des Jännerstreiks 1918. Dieser war die erste grosse revolutionäre Bewegung des österreichischen Proletariats seit Kriegsbeginn; er richtete sich gegen den Hunger, die Not, das Elend und die furchtbaren Blutopfer, die der räuberische Krieg des Habsburgerimperialismus den Massen auferlegte.

Der Streik, der vorerst nur ein Protest gegen die Kürzung der Kochmehlration auf die Hälfte in den Daimler-Motorenwerken in Wiener-Neustadt war, nahm infolge der allgemeinen revolutionären Krise im Lande sofort politischen Charakter an und verbreitete sich in wenigen Tagen auf die bedeutendsten Industriegebiete der Monarchie. Ludwig Brüggl schreibt in seiner "Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie": - "Die eigentliche Ursache der Bewegung war die Kriegsmüdigkeit der Massen, die durch die besonders fühlbar gewordenen Ernährungsschwierigkeiten und durch den Umstand, dass die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk keinen das Kriegsende verheissenden Verlauf nahmen, noch verschärft wurden. In vielen Städten, namentlich in Wien, kam es zu grossen Strassenkundgebungen; es fehlte bei den Demonstrationen nicht an Stimmen von 'Radikalen', die dafür Stimmung machten, in Oesterreich die Sowjetverfassung einzuführen."

Für die Auslösung der Bewegung waren aber neben der revolutionären Situation im Lande selbst noch zwei Ereignisse von entscheidender Bedeutung: erstens der Sieg der proletarischen Revolution in Russland, die Ergreifung der Macht durch das Proletariat und zweitens das offene Friedensmanifest der revolutionären russischen Arbeiter- und Bauernregierung vom 28. Nov. 1917, "an die Völker aller kriegführenden Länder" gerichtet, in dem einleitend folgendes erklärt wurde:

"Die siegreiche Arbeiter- und Bauernrevolution in Russland hat die Friedensfrage an die Spitze gestellt. Die Periode der Schwankungen, des Aufschiebens und des Bürokratismus ist beendet. Jetzt werden alle Regierungen, alle Parteien aller kriegführenden Länder aufgefordert, kategorisch die Frage zu beantworten, ob sie zusammen mit uns an die Verhandlungen über sofortigen Waffenstillstand und den allgemeinen Frieden heranzutreten einverstanden sind oder nicht. Von der Antwort auf die-



se Frage hängt es ab, ob wir dem neuen Winterfeldzug mit allen seinen Schrecken und seinem Elend entgehen werden oder ob Europa auch weiterhin von Blut durchströmt wird...."

Indem die bolschewistische Regierung die Forderung nach einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen stellte, aber gleichzeitig den Massen aufzeigte, dass ein solcher nur geschlossen werden kann mit Hilfe des Kampfes der Massen gegen die imperialistischen Pläne und Eroberungsbestrebungen, gab sie durch diese internationalistisch ausgerichtete Aussenpolitik des jungen Sowjetstaates den entscheidenden Anstoss zur revolutionären Aktion des österreichischen Proletariats. Der Jännerstreik war letzten Endes die Auswirkung der internationalistisch-revolutionären Klassenpolitik des proletarischen Staates; dass es nicht zum revolutionären Sturz des Habsburgerregimes und der Aufrichtung der Ratemacht in Oesterreich kam, ist dem Verrat der SP zuzuschreiben.

Dieselbe SP, die sich in den Nachkriegsjahren so gern als pazifistische Partei, als radikale Kriegsgegnerin hingestellt hat, und die mit ihrem "Nie, nie woll'n wir Kriegen tragen, nie, nie zich'n wir in den Krieg" in der Arbeiterklasse alle möglichen pazifistischen Illusionen gezüchtet hat - dieselbe SP war nämlich während des Krieges gar nicht so pazifistisch. Otto Bauer, gewiss ein unverfänglicher und kompetenter Zeuge für die Politik der SP, schreibt hierüber: "Die Furcht vor den Riesenheeren des Zaren herrschte in Deutschösterreich.....In den ersten Kriegsmonaten stand die deutschösterreichische Sozialdemokratie völlig im Banne dieser Massenstimmung. Ohne Vorbehalte stellte sie sich an die Seite der Mittelmächte. Ohne Vorbehalte stellte sie ihren Einfluss in den Massen in den Dienst der Kriegführung....." \*)

Was Bauer schamhaft verschweigt, ist die Tatsache, dass "die ersten Kriegsmonate", in denen die SP "der Massenstimmung erlag", mehr als drei Jahre andauerten! Dementsprechend war natürlich auch die Haltung der SP zu den Jännerstreiks. Als die Streikbewegung sofort grösseren Umfang annahm, versuchte die SP sogleich, sich der Führung zu bemächtigen, die Bewegung zu bremsen, ihren revolutionären Inhalt abzuhiegen und die Arbeiter mit den von der Habsburgerregierung in der Bedrängnis gegebenen Versprechungen und Zusagen zu beschwichtigen. Das gelang ihr, wenn auch erst nach schwerer Mühe.

Die Massen waren kriegsmüde; zu gross waren schon die Leiden, die der Krieg ihnen auferlegte und sie wollten die Beendigung desselben. Diesem Ziel stand die räuberische Politik des Habsburgerimperialismus und seine absolutistische Regierung entgegen. Der Kampf der Massen musste sich also rasch in eine revolutionäre Aktion zum Sturz des Habsburgerimperialismus verwandeln. Doch gerade das wollte die mit diesem verbündete SP nicht. Bauer schreibt hierüber: "Die Riesenmasse der Streikenden, die wilde revolutionäre Leidenschaft ihrer Massenversammlungen, die Wahl der ersten Arbeiterräte in den Streikversammlungen - all das gab der Bewegung grandiosen revolutionären Charakter und weckte in den Massen die Hoffnung, den Streik unmittelbar zur Revolution steigern, die Macht an sich reißen, den Frieden erzwingen zu können. Das war nun freilich eine Illusion." Statt sich mit Entschlossenheit und Zielklarheit an die Spitze der Massen zu stellen, gibt der Philister die uns ja schon sattemal bekannten "realistischen Gründe und Bedenken" gegen die Machtergreifung durch das Proletariat an. Da ist es als erstes vor allem die Staatsmacht, in deren Händen sich noch die rumänischen, bosnischen und ruthenischen Truppen befinden, mit denen sich die streikenden Arbeiter angeblich nicht verständigern könnten. Aber Bauer geht vorsichtshalber noch weiter, indem er sagt: "Aber selbst wenn der österreichische Militarismus über die Abwehrkräfte gegen eine revolutionäre Erhebung nicht mehr verfügt hätte,

\*) Otto Bauer Die österreichische Revolution, Wien 1923

wäre im Jänner 1918 nicht möglich gewesen, was im Oktober 1918 möglich geworden ist. Denn eben damals, in den Tagen von Brest-Litowks, war der deutsche Imperialismus auf den Höhepunkt seiner Macht." Bauer malt den Schrecken einer deutschen Invasion Oesterreichs an die Wand und sagt nun: "Diese Erkenntnisse mussten unsere Entschlüsse bestimmen. Wir hatten den Streik als eine grosse revolutionäre Demonstration gewollt. Die Steigerung des Streiks zur Revolution selbst konnten wir nicht wollen. Darum mussten wir sorgen, dass der Streik beendet werde, ohne Hungersnot die Streikenden zur Kapitulation zwingt, so beendet werde, dass die Macht und das Selbstvertrauen der Massen gestärkt wird." Der Philister erkennt nicht die Kraft der sich in Bewegung setzenden Massen, die Notwendigkeit der revolutionären Agitation in der Armee mit dem Ziel, die Armee klassenrässig zu spalten und den Arbeiter- und Bauernsoldaten jeder Nationalität für den gemeinsamen Kampf der Unterdrückten zu gewinnen. Und vor allen: Er zieht in seiner Analyse der internationalen Lage einen so bedeutsamen Faktor wie die siegreiche russische Revolution überhaupt nicht in Betracht und kommt dafür zu dem vollkommen verkehrten Schluss, den damals schon ebenfalls stark geschwächten deutschen Imperialismus als Schreckgespenst darzustellen.

Wie gross der Widerstand der Arbeiter gegen die Verratspolitik der SP war, geht daraus hervor, dass Bauer zugeben muss: "In der Nacht vom 19. auf den 20. Jänner nahm der Arbeiterrat nach leidenschaftlichen Debatten den Antrag des Parteivorstandes an, die Arbeiterschaft aufzufordern, sie solle die Arbeit am Montag, den 21. Jänner wieder aufnehmen. Dieser Beschluss stiess in den von revolutionärer Leidenschaft erfassten Massen auf heftigen Widerstand. In stürmischen Riesenversammlungen wurde um ihn gekämpft. In den meisten Betrieben wurde die Arbeit erst am Dienstag, in vielen erst am Mittwoch oder am Donnerstag wieder aufgenommen." der SP

Unter dem andauernden Druck wurde der Streik auf Mehrheitsbeschluss des Arbeiterrates nach Bewilligung oder besser gesagt nach unverbindlichen Zusagen und Versprechungen auf die durch ihn der Regierung vorgelegten Forderungen (es waren dies die Forderungen des SP-Parteivorstandes, um den Kampf die revolutionäre Spitze abzubrechen) am 21. Jänner abgebrochen.

Warum hat die SP es unternommen, an die Jännerstreiks zu erinnern und zu diesem Zweck ein wenig die Geschichte zu fälschen. Um ihre Lakaienrolle im Dienste der österreichischen Kapitalisten den Arbeitern plausibel zu machen und sich selbst als Vorkämpferin für das Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes hinzustellen, dass, wenn wir der "A" folgen, heute vor allem von der SU verletzt wird. Die SP will sich auf eine Stufe mit den Bolschewiki stellen; sie behauptet, dass sie heute jenen Kampf für das Selbstbestimmungsrecht führt, den 1917/18 die Bolschewiki geführt und - nach Ansicht der SP - bald aufgegeben hätten, und den heute die SU auf keinen Fall führt. Wir Internationalen Kommunisten wissen, dass und warum die Sowjetbürokratie das demokratische Selbstbestimmungsrecht verletzt, und die IV. Internationale führt deswegen den unversöhnlichen Kampf gegen den Stalinismus. Allein die SP hat kein Recht, gegen die Stalinbürokratie von heute sich auf die Rätezeit von 1917/18 zu berufen, denn sie verschweigt zwei Tatsachen: ihre eigene Rolle damals - und ihre wirkliche Rolle heute! Was ist dazu noch zu sagen?

Die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki konnten deshalb zu Vorkämpfern des demokratischen Selbstbestimmungsrechts der Nationen, zu Vorkämpfern eines demokratischen Friedens ohne Annexionen, Kontributionen und Reparationen werden, weil sie selbst ihre imperialistischen Ausbeuter, die russische Bourgeoisie, gestürzt hatten. Dagegen war die SP damals im Bündnis mit der schwarzgelben Bourgeoisie - gegen

die unterdrückten Völker. Trotzki \*), auf den sich die SP jetzt be-  
ruft, schreibt hierüber:

".....Die Wiener 'Arbeiter-Zeitung' schrieb am 15. Dezember (1917) pathetisch, dass das 'Duell' zwischen Trotzki und Buchanan ein Symbol des grossen Kampfes unserer Zeit sei: 'der Kampf des Proletariats gegen das Kapital'. In jenen Tagen, als Kühlmann und Czernin die russische Revolution an der Gurgel packten, sahen die Austromarxisten nur das 'Duell' zwischen Trotzki - und Buchanan. Man kann noch heute nicht ohne Ekel an diese Heuchelei zurückdenken. 'Trotzki', schrieben die Habsburger Marxisten, 'ist der Bevollmächtigte des Friedenswillens der russischen Arbeiterklasse, die bestrebt ist, die vergoldete Eisenkette, an die sie das englische Kapital geschmiedet hat, zu zerreißen'. Die Führer der Sozialdemokratie hatten sich freiwillig an die Kette des deutsch-österreichischen Kapitals begeben und halfen ihrer Regierung, diese Kette gewaltsam der russischen Revolution anzulegen....."\*\*)

Ende Jänner 1918, während einer Verhandlungspause, machte Trotzki den Versuch, von Brest-Litowsk nach Wien zu reisen, um den imperialistischen Griff, der die junge Sowjetrepublik zu erwürgen drohte, durch die Mobilisierung der österreichischen Arbeiter zu lockern. Doch niemand war über den Gedanken an eine solche Reise - die übrigens von der österreichisch-\*) Regierung nicht gestattet wurde - erschrockener als die österreichische SP.....

Und noch aus einem anderen Grund (der aber schliesslich derselbe ist), hat die SP kein Recht, Lenin und Trotzki und die Bolschewiki von 1917/18 als Kronzeugen für ihre Politik aufzurufen. Unter der Führung der bolschewistischen Partei hat das russische Proletariat seine Bourgeoisie gestürzt; darum konnten die Bolschewiki mit Recht als Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechts nicht nur anderer, sondern auch der eigenen Nation auftreten. Die SPÖÖ dagegen hat "ihre" Bourgeoisie nicht gestürzt, weder 1917/18, noch 1945, sondern arbeitet mit ihr zusammen, steht in Koalition mit ihr. Darum ist alles Gerede der SP über Selbstbestimmungsrecht usw. nur eine elende Heuchelei; sie vertritt auch hier nur die Interessen "ihrer" Bourgeoisie, handelt als deren Agent.

Gegenüber der Heuchelei und dem Verrat von SP und Stalinpartei vertreten wir Internationalen Kommunisten die einzig richtige Politik. Worin besteht diese: darin, den Arbeitern geduldig zu erklären, dass der Hauptfeind jedes Volkes im eigenen Land steht und dass für das Selbstbestimmungsrecht kämpfen in erster Linie heisst, den Unversöhnlichen Kampf gegen die eigene Bourgeoisie zu führen.

\*/ ungarischen

-----

---

\*) Die stalinistische "Volksstimme" hat sich genötigt gesehen, auf die Jännerstreikartikel der "Z" zu antworten. Sie sagt viel richtiges über die Streikbrecherrolle der SP, verschweigt aber gänzlich die Rolle Trotzki während der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk und geht mit keinem Wort auf die Feststellungen der "Z" hierüber ein. Wie könnte sie auch anders!

\*\*) Leo Trotzki: Mein Leben.



STREILICHTER:

Der königliche Volksdemokrat. Die "Volksstimme" vom 4.1.48: "Ex-König Michael von Rumänien war kein Anhänger des Gottesgnadentums. Im Gegensatz zu seinem Vater Carol, der so dumm ist, wie Könige traditionsmässig zu sein haben, ist Michael ein aufgeweckter, intelligenter, ja sympathischer junger Mann - ein normaler Mensch sozusagen. Dafür sprach schon der mutige Staatsstreich gegen Antonescu, der von Michael im Augenblick des Herannahens der siegreichen Roten Armee vollzogene Uebertritt Rumäniens auf die Seite der Alliierten. Dass der junge Michael ein "normaler" Mensch ist, zeigt aber noch deutlicher seine Abdankungsproklamation: 'Die Monarchie ist ein ernstes Hindernis in der Entwicklung unseres Landes'. Da gibt es einen König, ein nicht alltäglicher Fall, der historisch denken kann und begreift, dass eine wirkliche Volksherrschaft mit der Staatsform der Monarchie unvereinbar ist.... Es wäre ein leichtes gewesen, die Frage der Staatsform sofort zu lösen und die Republik auszurufen, als die Bauern das Land der Bojaren aufteilten. Aber da der König sich verständnisvoll der Neuordnung einfügte, lag dazu keine Notwendigkeit vor. Es war allerdings vorauszusehen, dass die Kräfte der Reaktion sich an den Thron klammern würden, um so aus der Figur des Königs, vielleicht gegen seinen Willen, ein Symbol des Widerstandes gegen die neue Ordnung zu machen. Michael von Rumänien zog aus dieser unmöglichen Lage den einzig anständigen Schluss: er demissionierte aus der Erkenntnis, dass die Monarchie den neuen politischen Verhältnissen nicht mehr entspricht....."

Auf der Reise von Bukarest nach Lausanne ist Michael leider seine republikanische Ueberzeugung abhanden gekommen, denn er gab in der Schweiz vor Pressevertretern sofort die Erklärung ab, dass er zur Abdankung gezwungen werden sei und sie niemals anerkennen werde. Die "Volksstimme" hat diese Erklärung des "Volksdemokraten" Michael ihrer Leserschaft nicht zur Kenntnis gebracht. Dieser Mangel in der Berichterstattung des sonst sehr gut informierten Blattes ist uns schlechterdings unerklärlich.

"Sozialistischer Internationalismus". Eine der "neuen" Richtlinien der britischen Aussenpolitik lautet: Engste Zusammenarbeit mit den USA in Griechenland, Aufrechterhaltung der Athener Regierung mit allen Mitteln und deren materielle Unterstützung im Kampf gegen die Partisanen. Mit einer Blankovollmacht zur Lieferung von Waffen, Munition und Kriegsmaterialien Athen antwortete "Sr. Majestät sozialistisches England" auf die Bildung der Markos-Regierung. Damit hat die "Arbeiterregierung" das Mordhandwerk der griechischen Reaktion von vornherein gebilligt, den britischen Kriegslieferanten vollkommen freie Hand und volle Deckung geboten und den gefolterten griechischen Massen eine Lektion im "Internationalismus" der SP erteilt! - Die "Arbeiter-Zeitung" hat darüber nichts berichtet!

XX  
 X X  
 X Spendet für den K A M P F F O N D I X  
 X X  
 XXX